



16.001

Geschäftsbericht des Bundesrates 2015

Rapport de gestion du Conseil fédéral 2015

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.06.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.06.16 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.06.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

Block 4 – Bloc 4

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

Departement des Innern

Département de l'intérieur

Walter Hansjörg (V, TG), für die Kommission: Zuerst behandeln wir das UVEK. Als Präsident der Subkommission kann ich sagen, dass wir sehr interessante Gespräche hatten, die wirklich von beiden Seiten geschätzt wurden.

Zuerst möchte ich kurz zum Bundesamt für Energie Stellung nehmen, nämlich betreffend Stromnetze. In den letzten Jahren lag der Fokus der Politik auf der Stromproduktion. Die Stromnetze wurden zwar nicht vernachlässigt, aber es wurde dort eigentlich zu wenig investiert. Es ist auch sehr schwierig, weil es immer wieder Engpässe bezüglich Planungen gibt. Es gibt Einsparungen, denn Strommasten sind unbeliebt. Sie gehören natürlich zur Infrastruktur eines Landes, aber alle wehren sich dagegen. Es braucht in diesem Bereich in Zukunft sehr viele Investitionen, denn bei der Stromproduktion, insbesondere in Europa, mit den alternativen Stromanlagen – ich denke da vor allem auch an die Wind- und die Solarenergie –, kommt der Strom sehr unregelmässig. Das führt regelmässig zu Überlastungen der Stromnetze. Deshalb ist es wichtig, dass diese Hochspannungsleitungen korrekt ausgebaut werden. Es gibt aber auch technische Möglichkeiten – ich denke da an Smart Grid, wodurch man den Strom, wenn er kommt, wenn er produziert ist und verteilt werden muss, mit intelligenten Messsystemen auch besser auf die Netze übertragen kann.

Das Bundesamt für Energie hat uns einen sehr guten Einblick gegeben, und wir waren überzeugt, dass es seiner Aufgabe für die Zukunft gewachsen ist. Wir haben auch die Leistungen des Amtschefs verdankt, der demnächst in Pension gehen wird.

Dann haben wir zu den bundeseigenen Betrieben Aussprachen mit der Departementschefin und den CEO wie den Verwaltungsratspräsidenten dieser verselbstständigten Unternehmen geführt. Dabei ging es in erster Linie um die Erreichung der strategischen Ziele der Unternehmen. Diese strategischen Ziele werden vom Bundesrat festgelegt. Natürlich haben wir sehr gut gespürt, wie die Departementschefin sich diese Unternehmen einverleibt hat, hat sie doch immer von "meinen Unternehmen" gesprochen. Das zeugt doch davon, dass sie wirklich interessiert ist und sich für diese Unternehmen einsetzt; das hat uns gefreut, und wir konnten uns auch von der Art überzeugen lassen, wie sie die strategischen Ziele festlegt. Es sind aber nur die strategischen Ziele, die der Bundesrat festlegt. Die operativen Ziele müssen vom Verwaltungsrat und von der Geschäftsleitung festgelegt werden. Die strategische Führung obliegt insbesondere dem Verwaltungsrat der Unternehmen.

Skyguide – die Flugüberwachungsstelle – ist ein Bundesbetrieb, ein sehr wichtiger Betrieb, in der Schweiz ganz speziell, weil es mit der militärischen Flugüberwachung eine Zusammenarbeit gibt. Wir haben die finanziellen Probleme der Regionalflughäfen angesprochen. Diese bekommen zum Teil keine Subventionen mehr. Bezüglich der Öffnung des Monopols von Skyguide wird wahrscheinlich nicht viel passieren, weil auch die





umliegenden Länder an einer eigenen Flugüberwachung interessiert sind. Wir haben letztlich auch über Gebührensenkungen und die Kostenstruktur gesprochen.

Die Post hat die Ziele erreicht. Diskutiert wurden namentlich die Konkurrenz zu Privaten und der massive Rückgang der Briefpost. Die Post hat das aufgefangen. Die Schliessung der Poststellen ist ein landesweites Thema. Aber zu erwähnen ist auch die positive Entwicklung bei den Postagenturen in den Läden. Vor allem die Detailhandelsorganisation Volg ist ja an solchen Agenturen in ihren Dorfläden interessiert. Das führt doch zu einem besseren Service – nach einer gewissen Zeit wird das auch anerkannt – und längeren Öffnungszeiten. Ein wichtiges Thema für die Post ist Postfinance. Postfinance hat die Bankenlizenz, darf aber keine Hypotheken anbieten. So muss sie ihre Liquidität im Ausland anlegen, z. T. risikobehaftet. Wir haben das parallel auch mit der Finma diskutiert. Interessant war auch zu hören, dass Herr Mark Branson, der Direktor der Finma, es eigentlich begrüßen würde, wenn Postfinance ebenfalls Hypotheken anbieten dürfte, um so das Risiko etwas zu glätten und in diesem Markt mitzuspielen. Das wird uns in der Politik sicher noch beschäftigen.

Die Post hat also die Ziele erreicht und dem Bund auch einen ansprechenden Gewinn abgeliefert. Schwieriger haben es die SBB. Deren Ziele wurden gemäss Bundesrat nur teilweise erreicht. Diskutiert wurde der tiefe Kostendeckungsgrad. Hier gibt es ein Spannungsfeld: Wie viel soll die öffentliche Hand investieren? Wie viel darf man von den Konsumenten erwarten? Der Deckungsgrad ist natürlich letztlich das grosse Problem der SBB.

International verglichen bieten die SBB einen hervorragenden Service: saubere Züge, gutes Rollmaterial, Pünktlichkeit. Diese Ziele wurden sicher erreicht. Der Immobilienverkauf und die Railcity-Bahnhöfe sind dann Themen, bei denen es ein Spannungsfeld mit dem Gewerbe gibt. Auch mit dem Thema Störungen und Sicherheitsprobleme befasst man sich bei den SBB. Vor allem die neuen Züge, die gekauft wurden, (*Zwischenruf der Präsidentin: Herr Walter, Sie müssen bitte zum Schluss kommen!*) haben zum Teil Anfangsschwierigkeiten. Schnittstellen, Infrastrukturkosten Bund und Rollmaterial ... (*Zwischenruf der Präsidentin: Herr alt Nationalratspräsident, Sie haben Ihre Redezeit schon massiv überschritten!*) Das ist so, (*Heiterkeit*) aber ich muss jetzt fertigmachen. Ich habe jetzt also dieses Spannungsfeld erwähnt.

Ich komme jetzt noch zur Swisscom, dazu möchte ich ebenfalls noch etwas erwähnen. Die Swisscom ist erfolgreich unterwegs. Sie kompensiert Ausfälle durch neue Angebote. Hier haben wir vor allem das Joint Venture zwischen Swisscom, SRG und Ringier diskutiert, das offen ist für weitere Unternehmungen. Wir sind überzeugt, dass die Swisscom eine Zukunft hat. Ein ganz wichtiger Punkt dort ist die Frage – das wird die Politik beschäftigen –, ob der Bund als Eigner allein auftreten oder ob er die Aktienmehrheit abgeben soll. Die Swisscom wünscht sich natürlich einen starken Eigner, einen starken Aktionär.

AB 2016 N 879 / BO 2016 N 879

Nun zu meiner Zeitüberschreitung: Ich habe hier keine Uhr, ich hatte den Überblick nicht. (*Zwischenruf der Präsidentin: Sie haben die Zeit um 3 Minuten und 47 Sekunden überschritten, Herr Walter!*) Ich habe mich auf das Skript konzentriert, entschuldigen Sie deshalb bitte, dass ich etwas länger gesprochen habe – ich wünsche Ihnen allen einen schönen Tag! (*Heiterkeit*)

Piller Carrard Valérie (S, FR), pour la commission: Au nom de la sous-commission DFI de la Commission de gestion, j'ai choisi de vous parler de deux thèmes correspondant à deux objectifs du Département fédéral de l'intérieur pour 2015: la promotion de la santé et la prévention, ainsi que la lutte contre la pauvreté.

En commission, Monsieur le conseiller fédéral Berset a évoqué trois des principaux dossiers ayant occupé le Conseil fédéral l'an passé: la prévention des maladies non transmissibles, la loi sur les produits du tabac et la loi sur les épidémies.

Le chef du Département fédéral de l'intérieur a commencé par rappeler que la loi fédérale sur la prévention et la promotion de la santé avait été rejetée en 2012 en raison du frein aux dépenses, avant de souligner que la prévention était un élément essentiel du système de santé, puisque 80 pour cent des coûts étaient générés par les conséquences de maladies non transmissibles, dont le cancer. Cette part de 80 pour cent des coûts correspond à 24 milliards de francs par an à la charge de l'assurance de base, d'où la nécessité de promouvoir la prévention. Il y a deux mois, le Conseil fédéral a donc adopté la stratégie nationale "Prévention des maladies non transmissibles", auparavant approuvée à l'unanimité par les cantons. En cours de définition, les mesures seront adoptées au second semestre 2016.

La nouvelle loi sur les produits du tabac transmise au Parlement en 2015 vise à unifier les règles au plan national, soit à harmoniser à 18 ans l'âge d'accès aux produits du tabac, à limiter la publicité ciblée sur les jeunes et à interdire la publicité pour le tabac au cinéma. Dans ce domaine, nous pourrions même envisager d'aller plus loin. Vu ce qui se pratique en Europe en matière de publicité pour le tabac, nous restons très



libéraux sur cette question.

Entrée en vigueur en début d'année, la loi sur les épidémies renforce le rôle de coordination et de surveillance de la Confédération, suite notamment aux épidémies de grippe aviaire et de grippe porcine. C'est aussi la base légale pour les stratégies nationales contre les résistances aux antibiotiques et la lutte contre les maladies nosocomiales, qui sont en train d'être mises en place. La très large utilisation d'antibiotiques en médecine humaine et vétérinaire fait considérablement augmenter la résistance à ces produits: c'est donc un important enjeu de santé publique au plan mondial.

La stratégie nationale est notamment centrée sur l'utilisation rationnelle des antibiotiques ainsi que sur la recherche et le développement.

Quant aux maladies nosocomiales, ces infections qui s'attrapent en milieu hospitalier, elles concerneraient 70 000 personnes, dont un bon millier décèderaient chaque année. Estimant que la moitié des cas pourraient être évités, une stratégie axée sur la formation, la recherche, la gouvernance et le suivi de ces infections sera mise en place.

A titre personnel, j'estime que l'objectif de prévention n'est pas du tout atteint concernant le cancer du sein, puisqu'il n'existe toujours pas de programme national de dépistage, ce qui a pour conséquence qu'une partie des femmes en Suisse n'a toujours pas accès à des programmes de qualité pour le dépistage de ce cancer.

L'objectif de lutte contre la pauvreté, qui a été partiellement atteint, n'a pas donné lieu à des discussions en commission. Dans le rapport intitulé "Loi-cadre relative à l'aide sociale", publié en février 2015, trois variantes sur l'aménagement futur de l'aide sociale ont été présentées: loi-cadre sur l'aide sociale, concordat intercantonal ou statu quo. Le Conseil fédéral a opté pour la troisième variante et a renvoyé la balle aux cantons. Le Conseil fédéral a manqué l'occasion d'appliquer des solutions uniformes en matière de couverture des besoins vitaux afin de garantir une égalité des chances dans toute la Suisse aux personnes dans le besoin. La politique de lutte contre la pauvreté doit être une politique fédérale; des changements de paradigme devraient être mis en place si nous voulons vraiment lutter contre la pauvreté.

Grossen Jürg (GL, BE): Gerne nehme ich aus grünliberaler Sicht kurz und konkret – und hoffentlich ohne Zeitüberschreitung – Stellung zu zwei UVEK-Themen des Geschäftsberichtes des Bundesrates.

Mit dem Ziel 3 will die Schweiz zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen beitragen. Positiv zu bewerten ist, dass die weiter gehenden Reduktionsziele für die Zeit nach 2020 bei der Uno-Klimakonvention eingereicht wurden. Kritisch feststellen müssen wir jedoch, dass die entsprechenden Massnahmen zur Erreichung dieser Ziele mangelhaft sind. Wir denken dabei an die Energiestrategie 2050. Die erste Etappe wurde leider stark, ja fast bis zur Unkenntlichkeit abgeschwächt, die zweite Etappe steht noch in den Sternen; griffige Instrumente scheinen momentan nicht in Reichweite zu sein.

Der Erfolg an der internationalen Klimakonferenz in Paris 2015 war erfreulich. Doch bei Bekenntnissen darf es nicht bleiben. Es ist beschämend für ein Land wie das unsere, bei der Produktion von neuer erneuerbarer Energie nur auf Rang 25 von 29 europäischen Ländern klassiert zu sein.

Fazit zur Energiestrategie: zu viel der grossen Worte und zu wenig Ehrgeiz bei der Umsetzung auf Gesetzesstufe. Wenn die Schweiz innovativ, nachhaltig und verantwortungsvoll mit ihren Ressourcen umgehen will, braucht es einen raschen Übergang vom Fördersystem zu einem wirksamen, staatsquotenneutralen Energielenkungssystem. Nur so kann die Schweiz tatsächlich zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen beitragen. Ein erster wichtiger Schritt dahin ist die von uns Grünliberalen mittels einer parlamentarischen Initiative (15.465) verlangte Graustromabgabe.

Noch kurz zum Ziel 6, "Weiterentwicklung der Politik bezüglich Radio und Fernsehen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien": Auch von dieser Weiterentwicklung wird viel gesprochen, während unseres Erachtens herzlich wenig passiert. Über die Ziele und den Zielerreichungsgrad kann man sich selbstverständlich streiten. Zwar hat der Bundesrat die RTVG-Revision ins Trockene gebracht. Das war ein kleiner Schritt, der immerhin die Geräteunabhängigkeit bei der Gebührenerhebung mit sich gebracht hat, aber leider nicht viel mehr, zumal es gar zu einer Mehrbelastung für die KMU kommt.

Von einer echten, zeitgemässen Weiterentwicklung kann aus grünliberaler Sicht keine Rede sein. Die Medienbranche ist im Umbruch. Mit einer kanalunabhängigen Definition des medialen Service public und einem Bekenntnis zur Subsidiarität müssen dringend faire und zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die SRG und die privaten Medienunternehmen geschaffen werden. Das fordere ich mit meiner Motion 15.3600.

Die mediale Zukunft ist digital, und die Informationsverbreitung ist online. Wir erwarten nun vom Bundesrat einen Bericht zum medialen Service public mit ambitionierten und progressiven Zielen.

Feri Yvonne (S, AG): Es gibt 28 Ziele für das Departement des Innern, eines davon befasst sich mit dem



brisanter Thema Armut. Gerne verdeutliche ich das Thema mit ein paar statistischen Zahlen. Im Jahr 2014 waren 6,6 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung in Privathaushalten von Einkommensarmut betroffen. Rund die Hälfte aller Armutsbetroffenen musste mit einem verfügbaren Haushaltseinkommen leben, das maximal 82,7 Prozent der Armutsgrenze entsprach, das heisst etwa 1830 Franken für eine alleinlebende Person und 3330 Franken für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern.

Man weiss, dass die Stärkung der Wirtschaft in der heutigen Zeit ein wichtiger Faktor für die Armutsbekämpfung ist. Das gilt auch für die Schweiz. Trotzdem scheitern in diesem Parlament die Interventionen, welche in diese Richtung gehen,

AB 2016 N 880 / BO 2016 N 880

zum Beispiel letzte Woche zur Erhöhung der Kinder- und Familienzulagen.

Der Bund ist aber auch sehr aktiv – dies mit seiner Strategie gegen Armut, zu der das Nationale Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut gehört. Ich zitiere gerne einige Passagen aus der entsprechenden Website, damit sich diejenigen, welche das Programm nicht kennen, ein Bild von dem machen können, was aktuell damit geschieht: "Das Nationale Programm unterstützt die zum Thema tätigen Akteure in ihren Bestrebungen zur Prävention und Bekämpfung von Armut. Im Bereich Bildungschancen für sozial benachteiligte oder bildungsferne Kinder, Erwachsene und Jugendliche leistet das Nationale Programm gegen Armut finanzielle Beiträge an Pilot- und Modellprojekte sowie Evaluationen. Damit sollen Impulse für die Weiterentwicklung bestehender Massnahmen sowie modellhafter Ansätze zur Stärkung von Bildungschancen gegeben werden. In der Armutsprävention und -bekämpfung sind insbesondere die Kantone, Städte, Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Akteure tätig, folglich ist es dem Programm ein zentrales Anliegen, sie in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Innerhalb des Themenfeldes Bildungschancen werden dazu Projekte und Projektevaluationen finanziell unterstützt und inhaltlich begleitet. Die Fördergelder sind für Projekte bestimmt, welche spezifisch die Bildungschancen sozial benachteiligter oder bildungsferner Kinder, Jugendlicher und deren Eltern sowie von Erwachsenen fördern und stärken.

Die Projektförderung soll einerseits auf den Erkenntnissen bestehender Massnahmen aufbauen und die Wirkung und Weiterentwicklung dieser Massnahmen stärken. Andererseits unterstützt das Nationale Programm die Entwicklung von neuen Modellen und innovativen Ansätzen. Das Nationale Programm strebt über die gesamte Projektförderungsdauer eine möglichst gleichgewichtige Auswahl an Themen und Trägerschaften der verschiedenen föderalen Ebenen und Sprachregionen an."

Die SP-Fraktion stellt zufrieden fest, dass hier innovativ gearbeitet wird. Dem Bundesrat danken wir, dass das Programm eine breite Akzeptanz findet und dass das EDI die Bekämpfung von Armut auch in der Schweiz im Fokus hat. Wir hoffen, dass das Thema in unserem Land auch zukünftig einen wichtigen Stellenwert behält.

Weibel Thomas (GL, ZH): Ich äussere mich zu zwei Zielen für das EDI, zuerst zum Ziel 8, "Förderung der Lohngleichheit von Frau und Mann". Im vergangenen Jahr wurden in Pilotphasen auch in Unternehmen mit weniger als fünfzig Mitarbeitenden Erhebungen gemacht. Die Ergebnisse dieser Pilotphasen zeigen, dass auch in diesen kleinen Firmen, in den KMU, die notwendigen Daten und Informationen vorhanden sind, dass also diese Lohnvergleiche kein Administrationsmonster sind. Auch im Bereich des Beschaffungswesens wurden kleine Firmen mit weniger als fünfzig Angestellten versuchsweise geprüft – hier ebenfalls mit dem Ergebnis: Es ist machbar.

Die Lohnungleichheit wird aber auch von anderen Studien belegt. So ist vor wenigen Tagen, Ende Mai, vom Kanton Zürich eine Lohnstudie veröffentlicht worden. Sie belegt, dass sich 8,7 Prozent der Differenz der durchschnittlichen Gehälter von Männern und Frauen nicht auf Faktoren wie Branche, Ausbildung oder Erfahrung zurückführen lassen. Es wird aber auch auf eine weitere, eigentlich wenig bekannte Ungleichheit hingewiesen. Es besteht nämlich nicht nur ein Unterschied zwischen Mann und Frau, sondern massgebend ist auch der Zivilstand. Verheiratete Männer haben höhere Löhne als ledige, auf der anderen Seite haben verheiratete Frauen und Mütter kleinere Löhne als ledige und kinderlose Frauen. Das zeigt, wie stark unser Rollenbild auch im Lohnsystem zementiert ist. Ich erwarte vom Bundesrat, dass er seine Überprüfungen künftig mit zusätzlichen Parametern und einer differenzierteren Fragestellung ergänzt, um auch diesem Effekt Beachtung zu schenken.

Zum Ziel 11, "Verbesserung des Zugangs zu Behördendaten", und der Initiative Open Data: Das Portal openda.ta.swiss ist das Portal der Schweizer Behörden für offene, das heisst frei verfügbare Daten. Wir Grünliberalen danken dem Bundesrat dafür, dass er dieses Portal geschaffen hat, denn damit geht die alte Forderung von uns in Erfüllung, dass möglichst viele Daten frei zur Verfügung stehen und dass die Daten nicht doppelt, vom Steuerzahler und vom Nutzer, bezahlt werden müssen.



Heute sind knapp 800 Datensätze verfügbar, zum grossen Teil aus dem Bereich Raum und Umwelt. Wir fordern den Bundesrat auf, sich jetzt nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, und wir hoffen, dass er dafür sorgt, dass weitere Daten aufgeschaltet werden, dass weitere Bundesämter sich beteiligen, dass auch andere Datenlieferanten motiviert werden, Kantone, Universitäten usw. Und nicht zuletzt hoffen wir, dass das Portal auch beworben wird, damit die Bevölkerung weiss, dass es diese kostenlosen Daten auf dem Netz gibt und was sie damit in Erfahrung bringen kann.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Ich bedanke mich zuerst bei der GPK für die gute Beratung und Begleitung des UVEK, auch für die konstruktiven und kritischen Worte, die wir jeweils in der Beratung hören dürfen.

Zum Thema Stromnetze, es wurde vom Kommissionssprecher zu Recht erwähnt: Wir haben hier einen grossen Investitionsbedarf vor uns; einerseits zur Erneuerung der in die Jahre gekommenen Netze, andererseits aufgrund der Modernisierung der Ausrüstung mit smarten Technologien, die dann helfen, Effizienzgewinne zu realisieren. Wir haben wie bei den Autobahnen auch bei den Stromnetzen Engpässe. Das betraf beispielsweise die Versorgung in diesem Winter. Es kam wegen des Ausfalls beim KKW Beznau zu einer geringeren Stromproduktion. Entsprechend waren die netzseitigen Beschränkungen von Importen ein Hindernis. Hier brauchen wir Leitungen, die vom Wallis her den Strom in die Nordwestschweiz transportieren können.

In diesem Jahr werden Sie die Vorlage zu den Stromnetzen beraten können. Dabei möchten wir versuchen, die Verfahren zu beschleunigen, damit die Bauzeit verkürzt werden kann. Es geht um die Flexibilisierung des Stromversorgungssystems, aber auch um die Weiterentwicklung zu intelligenten Netzen und hoffentlich dann auch um die Anbindung an Europa. Es ist für die Versorgungssicherheit zentral, dass die Netzstabilität im europäischen Rahmen organisiert werden kann. Hier spielt auch die Elcom neben Swissgrid eine wichtige Rolle als Regulator im Übertragungsnetz. Sie werden also im Rahmen der Botschaft darauf zurückkommen.

Zu den bundesnahen Unternehmen folgende Bemerkungen: Ich danke dafür, dass die SBB bei den operativen Zielen gute Noten bekommen haben. Es ist so, im Personenfernverkehr transportierten die SBB erneut mehr Passagiere. Der Regionalverkehr wuchs um 2,8 Prozent, der Fernverkehr um 1,5 Prozent. Spannend für uns ist, dass der Fernverkehr zum ersten Mal zu den Nebenverkehrszeiten stärker gewachsen ist als zu den Hauptverkehrszeiten. Das ist eigentlich spannend, weil damit auch eine gewisse Glättung zu erwarten ist. Zu den Herausforderungen für die SBB gehört die finanzielle Situation, und diese bleibt anspruchsvoll. Die verzinslichen Nettoschulden erreichen mit 8,25 Milliarden Franken das 6,9-Fache des Ebitda, und das ist bei dem weiterhin sehr investiven Zyklus, den wir vor uns haben, und den stabilen Erträgen eine grosse Herausforderung. Es ist deshalb sehr entscheidend, dass die SBB mit dem Programm "Railfit 20/30" Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen umsetzen können. Ansonsten wird die Nettoverschuldung langfristig ein Problem sein.

Wichtig für Sie ist – hier knüpfe ich an die Abstimmung vom Sonntag an -: In der zweiten Tranche Fabi geht es ja wieder um viele Milliarden Franken. Wenn wir wieder viel ausgeben und investieren, ist das zwar gut für den Kunden, und die Kantone freuen sich. Es wird aber wieder auf die Billettpreise durchschlagen. Wir haben gehört, wie sensibel die Bevölkerung bezüglich Preis und Leistung ist. Wir werden sehr sorgsam sein müssen. Was erträgt es in der zweiten Tranche an Investitionen? Was bedeutet dies für die

AB 2016 N 881 / BO 2016 N 881

Billettpreise für die Kundinnen und Kunden der Bahnunternehmen, insbesondere der SBB?

Was die Swisscom betrifft, so hat auch sie die operativen Ziele vollumfänglich erreicht. Wir haben heute etwa beim Mobilfunkstandard hochbreitbandige Infrastruktur der vierten Generation, welche für 98 Prozent der Bevölkerung zur Verfügung steht. Das ist europaweit ein rekordverdächtiges Niveau. Es wird wichtig sein, dass wir diesen Infrastrukturausbau weitertreiben können. Ende 2015 waren 2,9 Millionen Wohnungen und Geschäfte mit Ultrabreitband erschlossen – auch dies eine erfreuliche Entwicklung, die gerade auch im Rahmen der bundesrätlichen Strategie für die digitale Schweiz wichtig ist, damit Wirtschaft und Gesellschaft von neuen Dienstleistungen auf diesem Netz profitieren können. Die Herausforderung für die Swisscom ist auf jeden Fall der rasche Wandel der digitalen Technologien und Geschäftsmodelle. Es bricht weiterhin ein Teil des Umsatzes weg, weil die Telefonie bald gratis ist. Eine Schwierigkeit ist sicher auch die Verlässlichkeit und Leistungsfähigkeit der Infrastruktur, damit auch hier der Kunde einen guten Service hat. Innovation ist deshalb für die Swisscom entscheidend.

Zur Post ein paar Worte: Auch sie hat die strategischen Ziele des Bundesrates im letzten Jahr erreicht. Sie hat auch bei den operativen Zielen der Zustellgeschwindigkeit für Briefe und Pakete die Vorgaben erreicht. Wir wissen auf der einen Seite, dass es nach wie vor schwierig ist, im Bereich der Poststellen und des Verkaufs das Ganze irgendwo zu stabilisieren. Das Defizit im letzten Jahr betrug 110 Millionen Franken. Wir wissen auf



der anderen Seite, dass es jedes Mal zu reden gibt, wenn in einer Gemeinde die Poststelle schliessen muss, auch wenn sie eine Ersatzlösung mit einer Agentur hat; das ist eine grosse Herausforderung. Das Netz an Zugangspunkten wird deshalb für die Post ein wichtiges Element bleiben. Damit die Post ihre Marktposition erhalten und die Grundversorgung in Zukunft weiterhin eigenwirtschaftlich erbringen kann, muss auch sie für ihre Kunden innovative Produkte und Lösungen im digitalen Bereich bieten können.

Schliesslich noch zur Skyguide: Auch sie hat die Vorgaben und Ziele insgesamt erreicht. Sie gehört gemäss einer Studie von Easa und Eurocontrol zu den Top Ten der europäischen Flugsicherungsorganisationen. Das ist ein gutes Zeugnis für die Arbeit der Skyguide im Bereich des Sicherheitsmanagements. Sie ist von Gesetzes wegen eine nichtgewinnorientierte Gesellschaft. Wir stützen sie auch, denn das grosse Problem sind die hohen Gebühren der Skyguide, auch im europäischen Vergleich. Deshalb bleibt es auch eine Herausforderung, einerseits den Kernauftrag im Bereich Sicherheit gut zu erfüllen und dies andererseits zu wettbewerbsfähigen Preisen in einem sehr kompetitiven Umfeld und mit dem starken Franken zu tun.

Berset Alain, conseiller fédéral: J'aimerais également remercier la Commission de gestion pour son travail et sa collaboration dans le cadre de l'examen du rapport de gestion du Conseil fédéral 2015. Je souhaite dire ici que, effectivement, les objectifs que le Conseil fédéral avait fixés pour le Département fédéral de l'intérieur en 2015 sont dans l'ensemble très largement atteints. J'aimerais, ce matin, me concentrer sur les points suivants, à savoir la santé, les assurances sociales et dire quelques mots sur la culture, dossier pour lequel nous avons également fixé quelques objectifs importants.

Dans le domaine de la santé, premier point que j'aborderai, l'objectif principal pour lequel nous avons fait des progrès importants en 2015 concerne la lutte contre les maladies non transmissibles. Elles représentent au total environ 80 pour cent des coûts de la santé et, donc, si nous souhaitons agir dans le domaine des coûts de la santé, c'est à ce niveau qu'il faut faire quelque chose. Le Conseil fédéral a approuvé, le 6 avril dernier, une stratégie dans ce sens, qui vise à empêcher, à retarder et à atténuer les conséquences de l'apparition de telles maladies – je pense ici au cancer, au diabète et aux maladies cardiovasculaires notamment.

Le deuxième élément important concerne le problème que posent les produits du tabac. Nous savons que c'est un facteur de risque important dans la survenance de maladies non transmissibles. Le Conseil fédéral a transmis un message au Parlement. Le Conseil des Etats a été saisi du projet, et la majorité de sa Commission de la sécurité sociale et de la santé publique lui propose de renvoyer le dossier au Conseil fédéral. Nous aurons certainement l'occasion de rediscuter de cela cette année, car il s'agit d'un élément important de la stratégie de santé publique du Conseil fédéral.

Le troisième point concerne la loi sur les épidémies, qui est entrée en vigueur au début de cette année et qui permet notamment – je ne vais pas m'attarder sur les épidémies ici – d'améliorer toute la réponse à la résistance aux antibiotiques. Les maladies nosocomiales, ces maladies que l'on attrape lors d'un séjour à l'hôpital, sont aussi un domaine important dans lequel le Conseil fédéral a agi.

Pour les assurances sociales, je cite plusieurs projets de grande portée: tout d'abord, il y a évidemment la Prévoyance vieillesse 2020, qui est en discussion à la commission compétente du Conseil national. Deux autres grands projets ont été mis en consultation en 2015: la réforme des prestations complémentaires, d'une part, et celle relative à l'assurance-invalidité, d'autre part.

S'agissant du domaine de la culture, l'année 2015 a été consacrée à la mise en place des régimes d'encouragement. Douze régimes d'encouragement ont ainsi été mis en place pour la période 2016–2020. Un total de 90 contrats de prestations ont été signés avec des organisations culturelles. Les points forts en sont: le soutien à l'édition, le programme "Jeunesse et musique" et un meilleur soutien au cinéma pour les films qui sont tournés en Suisse, ce qui touche également à la promotion de la place suisse dans le domaine du cinéma.

J'aimerais m'exprimer encore brièvement sur les points qui ont été relevés par les différents orateurs. Tout d'abord, Madame Piller Carrard a parlé du cancer du sein et a souligné le fait que nous n'avons pas de programme systématique de dépistage au niveau national. C'est vrai. Il nous manque la base légale pour le faire. En effet, pour avoir un programme systématique, il faudrait avoir une base légale. Celle-ci était prévue dans la loi sur la prévention, qui a été rejetée en 2012 par le Parlement. Nous ne pouvons donc pas mettre en place de programme national. C'est la raison pour laquelle nous avons suivi une autre stratégie, qui consiste à soutenir les cantons qui ont développé des programmes sur leur propre territoire. Lorsque les conditions en matière de qualité sont remplies, les "screenings" sont remboursés par l'assurance obligatoire des soins pour les femmes de cinquante ans et plus, et ce sans franchise, ce qui montre aussi l'intérêt et l'importance que le Conseil fédéral apporte à ces questions.

En outre, je souhaite aborder le programme de lutte contre la pauvreté. Oui, nous avons développé un programme important pour 2014 à 2018. On est à peu près à mi-parcours, avec 30 projets pilotes qui ont été



lancés dans le domaine des chances de formation. Nous sommes convaincus que la meilleure manière de lutter contre la pauvreté est de donner à chaque personne potentiellement concernée les meilleures chances de se sortir elle-même de la pauvreté.

Nous allons faire un bilan à mi-parcours, en novembre de cette année, lors de la tenue d'une conférence visant à présenter les travaux déjà accomplis dans ce domaine.

Le dernier point, mentionné notamment par Monsieur Weibel, concerne la question de l'égalité salariale. C'est un sujet d'importance pour lequel nous voyons que passablement de problèmes subsistent. Mais, surtout, beaucoup de choses sont en cours et peuvent encore être réalisées. Le Conseil fédéral a agi sur plusieurs plans dans ce domaine, par exemple en renforçant les contrôles dans le domaine de l'égalité salariale et en développant encore et toujours les outils qui permettent, de manière très simple et non bureaucratique, aux entreprises de procéder à un contrôle de leur propre situation. Il y a également la demande adressée aux entreprises qui participent aux marchés publics et répondent

AB 2016 N 882 / BO 2016 N 882

aux offres de la Confédération d'apporter la preuve que le contrôle de l'égalité salariale a été réalisé. Nous avons aussi, dans ce domaine, un échange régulier avec les pouvoirs publics. En effet, les villes, les cantons et tout le domaine public ou parapublic représentent des pans très importants de l'emploi dans notre pays, secteurs dans lesquels des efforts peuvent effectivement être réalisés en termes d'égalité salariale. Ces travaux sont en cours; ils se caractérisent par beaucoup d'échanges, beaucoup de coordination. Ce n'est pas la manière forte, dirai-je, que nous utilisons, mais notre façon de faire fonctionne bien et nous a permis d'atteindre déjà quelques résultats durant ces dernières années.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über den Geschäftsbericht des Bundesrates für das Jahr 2015 **Arrêté fédéral approuvant le rapport de gestion du Conseil fédéral de l'année 2015**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Markwalder Christa, Präsidentin): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt.